

SCHULREFORMEN IN HAMBURG

Bildungspolitik als Kuhhandel

Eine Initiative, die das Gymnasium verteidigt, streitet mit dem Hamburger Senat um die sechsjährige Primarschule. Gibt es eine Alternative zu faulen Kompromissen?

VON Reinhard Kahl | 23.1.2010 - 12:53 Uhr

© Philipp Guelland/ ddp



Der Gegner der geplanten Hamburger Schulreform Walter Scheuerl ist Mitinitiator des Volksbegehrens "Wir wollen lernen!". Am Freitag traf er sich mit der schwarz-grünen Hamburger Regierung

Ein Volksentscheid kann in Hamburg nur noch vermieden werden, wenn sich die Landesregierung, der Senat, und die Initiative mit dem Namen "Wir wollen lernen" einigen. Nun haben die Kontrahenten am Freitag eine Entscheidung wieder vertagt. Aber auch wenn sie demnächst aufeinander zugehen, wäre die Bildungspolitik wieder bei dem Kuhhandel angekommen, mit dem Schwarz-Grün vor fast zwei Jahren begann.

Die Grünen und die CDU erfanden im Frühjahr 2008 in den Koalitionsverhandlungen kurzerhand die sechsjährige Primarschule. Mit dem Spruch "Neun macht klug" waren die Grünen in den Wahlkampf gezogen. Ihr Ziel

war mit Blick auf ein rot-grünes Bündnis eine neunjährige "Schule für alle" nach skandinavischem Vorbild. Die CDU hingegen hatte seit 50 Jahren eigentlich nur ein bildungspolitisches Credo: Das heilige Gymnasium bleibt tabu. Was machte es da schon, dass in dieser Zeit aus einer Fünf-Prozent- eine 50-Prozent-Schule geworden ist.

Nach der Kreation der neuen Schulform aus dem Stehgreif, so ganz ohne Bildungskommission, Modellversuch, wissenschaftliche Begleitung und was sonst Regierungen als Mindestausstattung jeder Reform verlangen, begannen die Koalitionspartner sich in ihr Produkt zu verlieben.

Ja, sie schienen zuweilen zu glauben, es wäre der Stein des Weisen. Der wurde mit guten Prinzipien poliert: Abschaffung der Ziffernnoten; Definition von Kompetenzen, die Schüler erreichen, statt Auflistung all der Inhalte, die Lehrer unterrichten sollen; vor allem die Individualisierung des Lernens wurde ganz groß geschrieben.

So weit, so gut. Das sind alles Prinzipien, mit denen man gute Schule machen kann. Das sind die Grundsätze moderner Pädagogik. Was aber sollte passieren, wenn die neue, reformpädagogisch eingefärbte Schule nach der sechsten Klasse zu Ende geht? Denn das war ja der Beschluss, sechs Jahre gemeinsames Lernen und nicht mehr.

Nun hatte sich bereits vor der letzten Bürgerschaftswahl in Hamburg die allein regierende CDU dazu durchgerungen, die längst von den meisten Schülern verlassene Hauptschule aufzugeben. Zusammen mit Realschulen und den in Hamburg zahlreichen Gesamtschulen sollte sie in eine „Stadtteilschule“ – was immer das heißen soll - überführt werden. Dort soll das Abitur ebenfalls möglich sein, nach insgesamt 13 Jahren.

Natürlich waren die Reformer um die grüne Schulsenatorin Christa Goetsch besorgt, die Stadtteilschule könnte sich dem Hoffnungsziel einer "Schule für alle" gar nicht erst nähern, bevor sie schon wieder die neue Restschule geworden wäre. Würden die meisten Familien nun nicht erst recht in den Sog des Gymnasiums geraten, wenn nur noch eine A- und eine B-Schule nach der Primarschule zur Wahl stünden? Also erwog man Quoten fürs Gymnasium und ließ dieses Vorhaben gleich wieder fallen, als es in der Öffentlichkeit Gegenwind auslöste.

Und dann machten die Primarschulreformer den größten denkbaren Fehler. Sie untermauerten ihre pragmatisch gemeinten Lenkungsabsichten nach der

sechsjährigen Schule mit einer kühnen Hilfskonstruktion: Ausgestattet mit Kompetenzrastern und Kompetenztests könnten die Lehrer künftig nach sechs Jahren der reformierten Primarschule verlässlich entscheiden, ob sie ein A-Kind für die Welt des Gymnasium oder nur ein B-Kind, das im Stadtteil bleibt, vor sich hätten.

In der Schulbehörde wurden beim Umsetzen des politischen Kompromisses über Nacht aus Kritikern des selektiven Systems nun Konstrukteure einer renovierten Variante. Sie brachten das Kunststück fertig, sowohl die Ablehnung all derer auf sich zu ziehen, die bisher schon unter der Auslese gelitten hatten oder sie ablehnten, und die Angst derer noch hinzu zu gewinnen, die ihre Kinder notfalls mit täglicher Nachhilfe irgendwie durchs Gymnasium bekommen. Das war die Sünde.

Die Reformankündigung mobilisierte Verliererängste bei der Mittelschicht, deren Aufstieg übers Gymnasium geht und bei der alten Oberschicht, deren Kinder schon als Babys das Abitur sicher haben.

Rettungsversuche der halbherzigen Reform machten bald alles noch schlimmer. Um die neue "Stadtteilschule" gegen den gymnasialen Sog zu schützen, machten sich CDU und Grüne daran im Gesetz den sogenannten Elternwillen abzuschaffen. Diesen hatten vor 30 Jahren gegen manchen Widerstand der Gymnasiallobby in Hamburg sozialdemokratische Gesamtschulanhänger durchgesetzt, nachdem sie die Hoffnung auf eine integrative Umstellung des gesamten Schulsystems begraben mussten.

Die gymnasiale Fraktion indessen fürchte damals, dass der Run aufs Gymnasium dadurch neuen Schub bekommt und es aufhört die höchste Schule zu sein. So kam es denn auch. Immerhin brachte der Elternwille für Hamburg einen in Deutschland einmaligen Ausbau der Gesamtschulen mit sich.

Aber nun, 30 Jahre später, wurde die Rücknahme dieses Elternwillens von all denen, die inzwischen auf den Besuch des Volksgymnasiums setzen, als Bedrohung für die Karriere ihrer Kinder gesehen. In manchen Hamburger Stadtteilen gehen 80 Prozent der Kinder zu dieser neuen Quasigesamtschule. Die Initiative konnte daraufhin mit 184 000 Unterschriften einen Volksentscheid erzwingen. Wenn der Senat nicht vorher klein beigibt, wird es dazu kommen.

Vom schwarz-grünen Senat wurde bereits zugesichert, dass der sogenannte Elternwille nun doch nicht fallen soll. Es ist klar, im Kuhhandel zweiter Akt, geht es noch unverbrämter um die Macht und fast kaum noch um Pädagogik. Die

Reformgegner managen im Grunde nur geschickt ihre Vorteile, beanspruchen aber eine Art bildungspolitisches Mandat in der Stadt und bekommen es tatsächlich eingeräumt. Wenn sich die Hamburger Regierung mit dieser Initiative nicht einigt, dann kann es gut sein, dass nach dem Volksentscheid im Sommer das ganze Primarschulprojekt vom Tisch ist.

Mehr zum Thema

- **Schulreformen Klassenreise durch Deutschland**
- **Hamburger Schulreform Wir wollen das! – Wir nicht!**
- **Bildungsreformen "Die Schulen wurden lange in Ruhe gelassen"**

Das kaum noch durchschaubare System von Verschlechtsbesserungen wird an der weiteren juristischen Modulation des Elterwillens am deutlichsten. Er galt ja bisher nur beim Übergang zu weiterführenden Schulen nach der vierten Klasse. Von der sechsten Klasse an bestimmten auch in Hamburg dann

die Lehrer, wer in der höheren Schule bleiben darf oder als sogenannter "Rückläufer" wieder runter muss. Nachdem die Elterninitiative vor allem mit der Empörung gegen das Streichen des Elternwillens Unterschriften gesammelt hatte, und der Senat klein beigeben will, überrascht jetzt die Initiative mit der Forderung, dass das Elternrecht doch nur nach der vierten Klasse gelten sollte, denn sonst werde ja bald jeder zum Gymnasium gehen. Primarschulen, so die Lobby der höheren Eltern, sollte erst mal nur ein Viertel der Grundschulen werden dürfen.

Die Lösung des Kuhhandels um das Problem "Elternwillen" wird sich wohl bald als neues Problem herausstellen. Am Ende jedenfalls steigt so oder so der Zustrom zum Gymnasium. Vielleicht ist das Volksgymnasium in Deutschland ja der einzig mögliche Umweg zu einer Schule für alle.

COPYRIGHT ZEIT ONLINE

ADRESSE <http://www.zeit.de/gesellschaft/schule/2010-01/schulreformstreit-hamburg>